

Grundsatzprogramm der Grünen Hochschulgruppe & Grünen Jugend Greifswald

Präambel

Als Grüne Hochschulgruppe und Grüne Jugend (GHG/GJ) Greifswald nehmen wir in unterschiedlichen Formen am gesellschaftlichen und politischen Leben in unserer Region teil. Ein besonderer Fokus ist dabei auf die Mitgestaltung des Hochschullebens an der Universität Greifswald gerichtet. Darüberhinaus beschäftigen wir uns mit Themen außerhalb des hochschulpolitischen Rahmens. Ferner können sich unsere Aktionen und Veranstaltungen auch an Menschen richten, die nicht Mitglieder der Universität sind. Die Gruppe ist in ihrer Arbeit nur an die von ihren Mitgliedern gemeinsam gefassten Beschlüsse gebunden und agiert unabhängig von Parteien und anderen Organisationen.

Die Prinzipien Demokratie, Umweltschutz und Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Toleranz bestimmen die Arbeit der Gruppe.

Wir sind offen für alle Menschen, die sich mit den obengenannten Grundsätzen identifizieren und für diese eintreten wollen.

Gleichberechtigung und Toleranz

Die GHG/GJ steht für respektvollen und toleranten Umgang innerhalb sowie außerhalb der universitären Gemeinschaft. Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner sexuellen Orientierung, seiner Abstammung, seiner Sprache, seines Glaubens, seiner politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden.

Menschen mit einer Behinderung dürfen nicht benachteiligt werden.

Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung von Menschen sind für uns nicht akzeptabel. Wir treten ihnen aktiv entgegen.

Umwelt und Nachhaltigkeit

Umweltverschmutzung findet auch vor der Universitätstüre statt. Die GHG/GJ setzt sich im Rahmen einer verantwortungsvollen Hochschulpolitik für Umweltschutz und nachhaltiges Handeln ein.

An der Universität muss nicht nur Recyclingpapier eingeführt werden, sondern unter anderem auch das Angebot in der Mensa durch Fair Trade- und Bio-Produkten erweitert werden.

Wir handeln in dem Bewusstsein, dass die zum Leben notwendigen Grundvoraussetzungen künftiger Generationen nur dann erhalten werden können, wenn ein aktiver Umweltschutz und ressourcenschonendes Handeln durch jede/n Einzelnen umgesetzt wird.

Soziales und Wohnen

Die GHG/GJ setzt sich für eine sozial gerechte Universität Greifswald ein. Der Zugang zur Hochschule muss unabhängig von der finanziellen Situation der Studierenden möglich sein. Wir lehnen jede Mehrbelastung und Verschuldung der Studierenden durch Studiengebühren oder ähnliches kategorisch ab.

Das Angebot an geeignetem und bezahlbarem Wohnraum für Studierende muss erheblich verbessert und erweitert werden.

Sport und Kultur

Ein breites kulturelles, soziales, politisches und Sportangebot ist Voraussetzung für einen attraktiven Hochschulstandort. Dies muss durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten und Finanzmitteln gesichert werden. Außerdem unterstützt die GHG/GJ die vielen freiwilligen Initiativen, die in diesem Bereich aktiv sind, und engagiert sich selbst.

Verkehr

Die Universitätsstadt Greifswald ist eine Stadt mit vielen Fahrradfahrern/-fahrerinnen. Dennoch sind viele Fahrradwege in den Straßen Greifswalds in einem schlechten Zustand oder gar nicht richtig vorhanden. In der Innenstadt kommt es immer wieder zu Problemen im Verkehr zwischen Fahrradfahrern/-fahrerinnen und Autofahrern/-fahrerinnen. Wir setzen uns für bessere Radwege und eine autofreie Innenstadt ein, die nur für den Lieferverkehr und Autos der Anwohner/-innen frei sein soll. Die Busfahrzeiten sind schlecht mit den An- und Abfahrtszeiten der Züge abgestimmt. Wir setzen uns in diesem Bereich für eine bessere Koordinierung ein.

Bologna-Prozess

Obwohl die mit der Einführung gestufter Studiengänge im Rahmen des Bologna-Prozesses verfolgten Zielen teilweise begrüßenswert sind, sehen wir die Umsetzung des Prozesses kritisch.

Auch wenn der Abschluss des BA-Studiums unter hoher Arbeitsbelastung bereits nach drei Jahren möglich ist, bedarf es im Regelfall weiterer zwei Jahre, um mit dem MA einen dem bisherigen Magister oder Diplom entsprechenden Abschluss zu erlangen. Somit kann von einer Verkürzung der durchschnittlichen Studiendauern bei gleich bleibender Qualifikation nicht ausgegangen werden. Dementsprechend wird in diesem Fall die Freiheit, das Studium individuell zu gestalten und die Zeit für Aktivitäten neben dem Studium erheblich eingeschränkt, während die Studiendauer sich dadurch nicht entscheidend verkürzt.

Kritisch zu betrachten ist außerdem die derzeitige Quotierung des Zugangs zum Master, die eine Selektionshürde innerhalb des Studiums darstellt und einen großen Teil der Studierenden zugunsten einer schmalen Elite benachteiligt und somit einer gerechten Verteilung der Bildungschancen zuwiderläuft.

Die ursprünglich angestrebte internationale Vergleichbarkeit der Abschlüsse ist gegenwärtig kaum zu erwarten. Bereits die Vergleichbarkeit der Abschlüsse zwischen Hochschulen innerhalb der Bundesrepublik ist äußerst schwierig, zumal die einzelnen Universitäten die neuen Studiengänge im Rahmen grober Vorgaben selbst erarbeiten.

Desweiteren werden in der Praxis durch die erheblich gestraffte Strukturierung der neuen Studiengänge Auslandsaufenthalte im Rahmen des BA-Studiums eher erschwert als gefördert.

BAföG

Ein gerechtes BAföG ist ein Garant für die Chancengleichheit der Studierende in unserem Bildungssystem. Die GHG steht für die tiefgreifenden Änderungen des Ausbildungsförderungsgesetzes.

Wir fordern eine regelmäßige Erhöhung des BAföG-Satzes, um ihn an ständig steigende Lebenshaltungskosten anzupassen, sowie einen gerechteren Berechnungsschlüssel, der mehr Studierenden finanzielle Unterstützung ermöglicht.

Außerdem soll der BAföG-Anspruch von Nicht-Deutschen mit dauerhafter Bleibeperspektive an den von Deutschen angeglichen werden, um Chancengleichheit zu gewährleisten. Des Weiteren müssen Studierende mit Kind entlastet werden, um dadurch bedingte Studienabbrüche zu vermeiden.

Die Förderungshöchstdauer darf nicht nach Regelstudienzeit, sondern nach Bedarf geregelt werden, um einen größeren Bildungsfreiraum für Studierende zu schaffen. Die Rückzahlung der Förderung muss an die Höhe des Jahreseinkommens der Hochschulabsolventen angepasst werden.

Zudem diskutieren wir eine elternunabhängige Ausbildungsförderung zur Grundsicherung.

Name der Universität

Wir sehen von der Verwendung des offiziellen Namens „Ernst Moritz Arndt Universität“ zugunsten der Bezeichnung „Universität Greifswald“ ab, da wir die Ansicht vertreten, dass ein Nationalist und Antisemit wie Ernst Moritz Arndt als Namenspatron einer Universität (und auch jeder anderen Einrichtung) in keinsten Weise zu akzeptieren ist.

Der Namenszusatz „Ernst Moritz Arndt“ ist von der Universität abzulegen. Wir werden jegliches daraufgerichtete Bestreben nach Kräften unterstützen.

Medien

Medien sind ein wichtiger Bestandteil der Politik. Durch die Verbreitung von Informationen, Kontrolle und Kritiken wirken sie an der Meinungsbildung der Bevölkerung mit. Die GHG setzt sich für den Schutz der freien Hochschulmedien ein. Wir wollen eine kritische und lebhaftige Berichterstattung der moritzmedien.

Demokratisierung der Hochschule und Studentische Mitbestimmung

Wir setzen uns für die Demokratisierung der Hochschule ein, um somit die Mitspracherechte der Studierenden zu gewährleisten und zu intensivieren. Die Studierenden müssen die Möglichkeit haben, selbst an der Gestaltung der Universität mitzuwirken. Die Beteiligung der Studierenden an demokratischen und transparenten Entscheidungsprozessen ist unverzichtbar.

Zusammen mit Euch wollen wir als Grüne Hochschulgruppe das Leben auf dem Campus aktiv mitgestalten.